



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 18.06.2009	Beginn 17:05 Uhr	Ende 19:35 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Flüshöh, Oliver
Grüntker, Hermann
Gutknecht, Werner
Hannuschka, Lutz
Heinemann, Manfred
Hens, Bernd
Kampschulte, Matthias
Kurek, Martin
Lusebrink, Hans-Otto
Nockemann, Frank
Rant, Siegmar
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Rüttershoff, Karen
Schaumburg, Carsten
Steuernagel, Rolf
Ferrara, Santo
Hortolani, Frauke Dr.
Kick, Hans-Werner
Oehl, Heinz
Philipp, Gerd
Schier, Peter
Schmidt, Detlef
Schwabe, Bernd Ulrich
Stobbe, Jochen
Strelow, Martin
Tempel, Gabriele
Werner, Gudrun
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Rauschtenberger, Dietrich
Rindermann, Horst
Weidenfeld, Uwe
Kappelhoff, Petra Viola
Kranz, Jürgen
Rippa, Andreas
Sattler, Karin
Siepmann, Ernst Walter
Heumann-Wasserkamp, Kerstin

Schwunk, Michael
Vorsitzender
Steinrücke, Jürgen Dr.

stellv. Vorsitzende
Sartor, Christiane

stellv. Vorsitzender
Dresen, Günther

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR
Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung
Dickhaus, Rolf
Dowidat, Christa
Fischer, Rudolf
Guthier, Wilfried
Kaltenbach, Rosemarie
Mollenkott, Marion
Neuburg, Hanspeter
Schwarzkopf, Manuela
Voß, Jürgen

Schriftführer/in
Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder
Schomburg, Christina
Zeilert, Hans-Jürgen
Sieker, Dieter
Bachert-Heute, Heike
Bockelmann, Christian Dr.
Stark, Wolfgang
Crämer, Thorsten

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Anschließend weist er auf die nachstehend aufgeführten Änderungen bzw. Ergänzungen der Tagesordnung hin.

Als neuer TOP A 4.1 - Vorl.Nr. 118/2009

Städtebaulicher Rahmenplan Winterberg
Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schwelm vom 11.06.2009
(Die Dokumente sind in Papierform als Tischvorlagen ausgelegt!)

Dazu heute eingegangene Mail der FDP-Fraktion

„Sehr geehrter Herr Dr. Steinrücke,
in Absprache mit der CDU-Fraktion nehmen wir heute im Rat den bisherigen Antrag zur Rahmenplanung Winterberg zurück und stellen stattdessen den beigefügten Ergänzungsantrag.“

(Der Ergänzungsantrag wurde kopiert und liegt als Papierdokument aus!)

Als neuer TOP A 6.1 - Ergänzungsvorl.Nr. 099/2009/1

Grundstücksangelegenheit
- Umbau des Sportplatzes "Rote Berge" -
- Antrag des VfB Schwelm vom 07.04.2009 -
(Die Dokumente sind in Papierform als Tischvorlagen ausgelegt!)

Herr Stobbe regt an, den Antrag der Spielvereinigung Linderhausen in die Beratung des TOP 6.1 und den zu beschließenden Prüfauftrag mit aufzunehmen. Herr Flühöh verweist hierzu auf die bereits per Email vorab ausgetauschten drei Prüfpunkte. Herr Philipp schlägt vor, den Begriff „Grundstücksangelegenheiten“ im Plural zu verwenden, um beide Vereine erfasst zu haben.

Herr Dr. Steinrücke befürwortet auch eine Behandlung bei dem entsprechenden TOP.
Er habe dem Verein bereits geantwortet, dass der Antrag geprüft werde.

Die Tagesordnung wird in geänderter Form beschlossen.

In einer sich anschließenden Rede des Herrn Flühöh berichtet dieser von der Verleihung der Ehrenmedaille des französischen Senats durch dessen Präsidenten Gerard Larcher an Bürgermeister Dr. Steinrücke. Die Verleihung der Medaille würdige seine Verdienste und sein unermüdliches Engagement um die deutsch-französische Freundschaft. Herr Flühöh spricht ihm im Namen aller Fraktionen des Schwelmer Stadtrates die größte Anerkennung und Glückwünsche für diese Würdigung aus.

Herr Dr. Steinrücke bedankt sich für die lobenden Worte.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 14.05.09 | |
| 2 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 3 | Mitteilungen des Bürgermeisters | |
| 4 | Städtebaulicher Rahmenplan Winterberg | 097/2009 |
| 4.1 | Städtebaulicher Rahmenplan Winterberg
Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schwelm vom 11.06.2009 | 118/2009 |
| 5 | Widmung von Gemeindestraßen:

1. Am Brunnenhof im Abschnitt von der nördlichen Grundstücksgrenze des Hauses Nr. 17 bis
Ausbauende (nördlich der Straße Bachweg)
2. Bachweg
3. Platz der Nachbarschaften (ohne die Grünfläche zwischen den Häusern 1 und 2)
4. Verbindungsweg zwischen Bachweg und Teichweg
a. Abschnitt vom Bachweg bis zur südlichen Grundstücksgrenze des Hauses Bachweg 13
b. anschließender Abschnitt bis einschließlich zur Brücke in der öffentlichen Grünanlage | 096/2009 |
| 6 | Grundstücksangelegenheit
- Umbau des Sportplatzes "Rote Berge" -
- Antrag des VfB Schwelm vom 07.04.2009 - | 099/2009 |
| 6.1 | Grundstücksangelegenheit
- Umbau des Sportplatzes "Rote Berge" -
- Antrag des VfB Schwelm vom 07.04.2009 - | 099/2009/1 |
| 7 | 2. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009 | 110/2009 |
| 8 | Jahresabschluss 2008 der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG (GSWS) | 093/2009 |

9	2. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung der TBS AöR	111/2009
10	Unterbringung der Pestalozzischule (Förderschule)	007/2009
10.1	Unterbringung der Pestalozzischule (Förderschule)	007/2009/1
11	Bericht über die überörtliche Prüfung der Haushaltsjahre 2004 bis 2007	112/2009
12	Fragen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 14.05.09

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

2 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Herr Frank Grunewald, Anwohner der Winterberger Straße, hat gelesen, dass im Rahmen der Planung Winterberger Straße keine Mietwohnungen entstehen sollen, da sie „nicht dorthin passen“. Es gäbe viele Familien, die Wohnraum anmieten wollen und die diese Begründung nicht verstehen würden.

Herr Flühöh schlägt vor, dies im Rahmen des TOP zu beantworten.

Herr Fabian Winkelsträter fragt Herrn Dr. Steinrücke, ob für die vor zwei Wochen in der Barmer Straße gefällte Linde eine Ersatzbepflanzung vorgesehen sei.

Herr Dr. Steinrücke sagt die Beantwortung der Frage im Protokoll zu.

Antwort:

Am Standort der gefällten Linde kann wegen der darunter liegenden Versorgungsleitungen keine Ersatzpflanzung vorgenommen werden, die TBS möchten aber gerne einen Ersatzbaum pflanzen. Es wird geprüft, ob auf dem Platz eines angrenzenden abgepollerten Stellplatzes eine Ersatzpflanzung vorgenommen werden kann. Hierzu muss die Lage der Versorgungsleitungen geprüft werden.

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Steinrücke fragt die Fraktionen, ob hinsichtlich der von Amnesty International begehrten Unterschriftenaktion in der Stadtbücherei Bedenken bestehen.

Da keine signalisiert werden, wird er der Organisation und der Stadtbücherei eine entsprechende Mitteilung zukommen lassen.

Anschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass die fehlerhafte Darstellung in der Internetpräsentation (Schriftsatz) bzw. im Sessionnet inzwischen behoben wurde.

Des Weiteren informiert Dr. Steinrücke über eine Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW zum Zukunftsinvestitionsgesetz, dass die Änderung des § 104 b GG inzwischen verabschiedet wurde. Die dadurch bewirkte Öffnung der Infrastrukturmaßnahmen ermöglicht nunmehr die Sanierung des Spielplatzes Martfeld.

Zum Antrag der Fraktion der CDU hinsichtlich der Sanierung des Atriums schlägt der Bürgermeister wegen nicht zu erkennender Dringlichkeit die Behandlung der Angelegenheit im Sitzungszug September 2009 vor.

Beschluss siehe unter TOP 4.1 !

4.1 Städtebaulicher Rahmenplan Winterberg 118/2009
Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Schwelm
vom 11.06.2009

Der Bürgermeister teilt mit, dass zur Vorlage 097/2009 der Antrag der CDU-Fraktion in Form der Vorlage 118/2009, sowie der Antrag der FDP-Fraktion vom 17.06.2009 (dem Protokoll als Anlage beigefügt) vorliege.

Herr Flüshöh erläutert unter Bezugnahme auf die gestellte Bürgeranfrage, dass nach Auffassung der CDU der Anteil sozialen Wohnungsbaus in Schwelm verglichen mit den Nachbarstädten hoch sei, ebenso wie der des normalen Mietwohnungsbaus. Darüber hinaus bestehe in Schwelm im Vergleich z.B. zu den Städten Ennepetal, Breckerfeld und Sprockhövel Nachholbedarf in der Ansiedlung von Eigentumsmaßnahmen.

Die CDU möchte den Bereich am Winterberg nutzen, um dort Eigentum anzusiedeln.

Herr Schier bezieht sich auf die durch das Beratungsbüro von Fachleuten erstellte Prognose. Er erklärt, dass es für die SPD wichtig sei, strategische Reserven an Wohnraum zu schaffen, die für junge Familien aus der Berufsgruppe der Arbeitnehmer und Freiberufler erschwinglich sei. Es gelte ökologische aber bezahlbare Maßnahmen für Familien mit geringeren finanziellen Möglichkeiten zur Schaffung von Eigentum auf einem Gebiet, das der Stadt gehöre, zu ermöglichen.

Herr Weidenfeld weist auf die auf Grund der Abwasserproblematik und Infrastruktur aus ökologischer Sicht heikle Bebauung des Winterberges hin und fordert auf, bei der Bebauung sensibel vorzugehen und hohe ökologische Standards umzusetzen.

Herr Schier empfiehlt, die Planung ggf. entsprechend der jeweiligen Nachfrage und Entwicklung des Marktes im Verfahren anzupassen.

Herr Schwunk erklärt, dass auch das Ziel der FDP sei, Familien mit Kindern den Eigentumserwerb zu ermöglichen und jetzt in der Verwirklichung im Bereich Winterberg eine einmalige Chance dazu liege.

Herr Kranz weist darauf hin, dass im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung angeregt worden sei, den auf Seite 9 des Rahmenplan aufgeführten sozialen Wohnungsbau zu streichen und durch individuelle Bebauung zu ersetzen.

Es folgt ein weiterer lebhafter Meinungsaustausch der Fraktionen.

Herr Gießwein rät, die Debatte zu unterbrechen und beantragt, den Tagesordnungspunkt in den Fachausschuss zu verweisen.

Auf Antrag des Herrn Flüshöh wird die Sitzung unterbrochen.

Sitzungsunterbrechung von 18:15 Uhr bis 18:30 Uhr

Es folgt die Abstimmung über den vor Sitzungsunterbrechung gestellten Antrag zur Geschäftsordnung des Rates.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	18
	dagegen:	24
	Enthaltungen:	

Nach weiteren Wortbeiträgen schlägt Herr Dr. Steinrücke vor, sowohl den Antrag der CDU-Fraktion als auch den Antrag der FDP als Zusätze zum Beschlussvorschlag zu nehmen.

Herr Philipp bittet um getrennte Abstimmung zu den beiden von der FDP beantragten Punkten.

Es folgt eine Diskussion zu verschiedenen Begrifflichkeiten und über die Änderung der Formulierung des Antrages der CDU.

Abschließend wird sich darauf verständigt, den Wortlaut des CDU-Antrages wie folgt abzuändern:

Der städtebauliche Rahmenplan Winterberg (vgl. Anlage zur Vorlage 097/2009) wird mit folgenden Zielsetzungen geändert:

- **Eine Bebauung mit Geschosswohnungsbau (Mietwohnungsbau) wird nicht vorgesehen.**
- **Die vorgesehene Bebauung mit Stadtvillen wird am Gebietsrand, mit etwas Abstand zur Winterberger Straße angeordnet (ehemalige Position des Geschosswohnungsbaus).**
- **Nördlich hinter diesen Stadtvillen werden Doppelhaushälften und Reihenhäuser vorgesehen.**

Herr Dr. Steinrücke fordert zur Abstimmung über den abgeänderten Antrag der CDU (Vorlage 118/2009) auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	24
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	

Anschließend ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über den Antrag der FDP vom 17.06.2009 getrennt nach Punkt 1 und 2 auf.

Zu Punkt 1:

„Der städtebauliche Rahmenplan Winterberg wird mit folgenden Zielsetzungen geändert: -Stärkere Berücksichtigung der individuellen Planung von Einfamilienhäusern in der ersten und dritten Bauphase“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	24
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	

Zu Punkt 2:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Ansiedlung von Familien mit Kindern im Wohngebiet Winterberg gefördert werden kann.“

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	37
	dagegen:	5
	Enthaltungen:	

Abschließend erfolgt die Beschlussfassung über die Vorlage 097/2009, ergänzt um die vorweg besprochenen Änderungen.

Beschluss zur Vorlage 097/2009:

1. Der Rat beschließt den Rahmenplan Winterberg unter Einbeziehung der vorherigen Entscheidungen im Zusammenhang mit Vorlage 118/2009 als Grundlage für die städtebauliche Entwicklung des zukünftigen Wohngebietes Winterberg und die verbindliche Bauleitplanung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die verbindliche Bauleitplanung für den Winterberg vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	24
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	

5 Widmung von Gemeindestraßen: 096/2009

- 1. Am Brunnenhof im Abschnitt von der nördlichen Grundstücksgrenze des Hauses Nr. 17 bis Ausbauende (nördlich der Straße Bachweg)**
- 2. Bachweg**
- 3. Platz der Nachbarschaften (ohne die Grünfläche zwischen den Häusern 1 und 2)**
- 4. Verbindungsweg zwischen Bachweg und Teichweg**
 - a. Abschnitt vom Bachweg bis zur südlichen Grundstücksgrenze des Hauses Bachweg 13**
 - b. anschließender Abschnitt bis einschließlich zur Brücke in der öffentlichen Grünanlage**

Zu Punkt 3 habe er in seinem Antwortschreiben die SpVG Linderhausen gebeten, einen konkreten Antrag für 2010 zu stellen.

Herr Stobbe teilt mit, dass er den vorgenannten Antrag gerne als eigenständigen Antrag mit gleichlautendem Auftrag an die Verwaltung sehen würde wie beim Antrag des VfB.

Zu dem von der CDU vorgeschlagenen zweiten Prüfpunkt sei fraglich, ob dieser notwendig sei, da er beim VfB-Antrag nicht geprüft werde.

Herr Dr. Steinrücke schlägt vor, den Antrag der SpVG Linderhausen zum Protokoll zu nehmen (der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt) und den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern.

Herr Stobbe macht darauf aufmerksam, dass es sich um zwei eigenständige Geschäfte handle und es wichtig sei, diese nicht zu vermengen.

Es wird geklärt, dass die Vorlage nicht mehr zu ändern sei, sondern lediglich zwei Beschlüsse in das Protokoll gestellt werden könnten.

Anschließend wird vom Bürgermeister vorgeschlagen, dass auf Antrag aller Fraktionen –analog zur Prüfung des VfB-Antrages– folgende Punkte in den Prüfungskatalog aufgenommen werden:

1. Prüfung der Machbarkeit sowie der rechtlichen Rahmenbedingungen für einen Erbpachtvertrag über den Sportplatz Linderhausen mit der Spielvereinigung.
2. Prüfung der Machbarkeit, Höhe und Rahmenbedingungen eines städtischen Zuschusses an die Spielvereinigung Linderhausen für die Übernahme der Pflege und Wartung des Platzes.

Es folgt die Abstimmung über den Beschluss zur Vorlage 097/2009/1:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag des VfB Schwelm vom 07.04.2009 auf seine grundsätzliche Durchführbarkeit zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

Dr. Steinrücke ruft sodann zur Abstimmung über den von der SpVG Linderhausen eingereichten Antrag mit den zwei oben genannten Prüfpunkten auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

Nach Auffassung des Herrn Schwunk ist das zu beschließende Haushaltssicherungskonzept nicht rechtmäßig, da es nicht genehmigungsfähig sei. Das von der FDP geforderte Einsparungsziel sei bei Weitem nicht erreicht worden. Er könne dem Beschluss nur mit großen Bedenken zustimmen.

Herr Dr. Steinrücke wendet ein, dass er keine unrechtmäßige Vorlage zur Abstimmung bringen würde. Ihm sei bewusst, dass das HSK nicht genehmigungsfähig sei, es aber vorgelegt werden müsse.

Herr Voß stimmt zu, dass die erreichten Einsparungen nicht ausreichen, weist aber nochmals darauf hin, dass man sich in der HSK-Kommission zur Zeit noch in der Informationsphase befände.

Erst wenn alle Informationen vorlägen, können weitere sinnvolle Überlegungen angestellt werden. Ziel müsse sein, gemeinsam ein genehmigungsfähiges HSK zu erarbeiten.

Herr Weidenfeld weist in dem Zusammenhang auf eine mögliche Kosteneinsparung bei dem Verbrauch von Energie und Wasser hin.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungs- und Personalwirtschaftskonzept 2009 bis 2016 (Anlagen 1 und 2) wird beschlossen.

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2016 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

Der zweite Nachtrag zur Haushaltssatzung 2009 (Neufassung des § 7 der Haushaltssatzung) wird entsprechend dem als Anlage 4 beigefügten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

8 Jahresabschluss 2008 der Gesellschaft für 093/2009 Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG (GSWS)

Beschluss:

Die Vertreterin der Stadt Schwelm in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung Schwelm GmbH & Co KG, Frau Stadtamtsrätin Marion Mollenkott oder Vertreter, wird ermächtigt, den Vorschlägen des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2008, zur Entlastung der Geschäftsführer und zur Wahl des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2009 zuzustimmen.

Ferner wird sie ermächtigt, der Entlastung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X
dafür
dagegen:
Enthaltungen: 3

9 2. Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung der TBS AöR 111/2009

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Schwelm für das Kommunalunternehmen „Technische Betriebe der Stadt Schwelm, Anstalt öffentlichen Rechts“ wird entsprechend dem der Vorlage 111/2009 beigefügten Satzungsentwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

10 Unterbringung der Pestalozzischule (Förderschule) 007/2009

10.1 Unterbringung der Pestalozzischule (Förderschule) 007/2009/1

Herr Philipp macht darauf aufmerksam, dass die Möglichkeit der räumlichen Veränderung der Pestalozzischule ein Nebeneffekt aus der Zusammenlegung zweier Hauptschulen sei.

Nach Hinweis auf den ursprünglich in 1999 gefassten Beschluss der integrativen Beschulung stellt dies zwar noch nicht die ideale Lösung für die Belange der Pestalozzischule dar, ermöglicht ihr zukünftig aber mehr Raum für gute Arbeit.

Beschluss:

In dem im Sommer 2010 frei werdenden Gebäude der ehemaligen Hauptschule Ost, Ländchenweg 8, soll im Jahr 2011 die Pestalozzischule untergebracht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

11 Bericht über die überörtliche Prüfung der Haushaltsjahre 2004 bis 2007 112/2009

Frau Gießwein empfiehlt zu Punkt 3 zunächst eine Beratung in den Fachausschüssen vorzunehmen, um die sinnvollen Anregungen aus dem GPA-Bericht herauszuarbeiten und nicht möglicherweise unnötige Arbeitskraft zu binden. Es sei wichtig, die Ergebnisse der Prüfung kritisch zu betrachten und falsch, bereits jetzt schon einzelne Bereiche aus dem Bericht (z.B. den der Reinigungskräfte) herauszustellen.

Nach Auffassung des Herrn Kranz ist der GPA-Bericht ein gutes zunächst zu akzeptierendes Messgerät, an Hand dessen die einzelnen Punkte unter genauerer Betrachtung hinterfragt werden sollten.

Herr Kick bestätigt, dass es sich um einen guten Bericht handle, soweit die darin dargestellten Kennzahlen Aussagekraft haben. Unter Appell an die Sorgfalt sehe er aber auch die Gefahr, dass der GPA-Bericht in einigen Punkten missbraucht werden könne, wenn diese nicht genau hinterfragt würden.

Herr Dr. Steinrücke erklärt, dass die Verwaltung den Bericht im Rahmen der eigenen Zuständigkeit prüfen werde.

Herr Voß erläutert, dass eine derartige gesetzlich geregelte Prüfung zugelassen werden müsse. Ob er eine Messlatte darstelle, wird sich bei detailliertem Hinsehen zeigen.

Die Verwaltung nehme den Bericht ernst, da ihn auch die Aufsichtsbehörde erhalten habe und hinterfragen werde.

Auf Nachfrage der Frau Kappelhoff, ob die unter Punkt 3 aufgeführte regelmäßige Berichterstattung zunächst in den Fachausschüssen oder direkt im Rat erfolge, antwortet Herr Voß, dass im Hinblick darauf, dass sich die HSK-Kommission als Gremium am häufigsten treffe, der Werdegang der Berichterstattung über die HSK-Kommission, die Fachausschüsse, den Hauptausschuss in den Rat naheliegend sei.

Im weiteren Gespräch wird erörtert, wie sich die noch notwendig werdende Arbeit der HSK-Kommission auch im Hinblick auf die bevorstehende Sommerpause und anstehende Kommunalwahl zeitlich weiter gestalten könne.

Beschluss:

- 1.) Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) über die überörtliche Prüfung der Stadt Schwelm und die Anmerkungen der Verwaltung hierzu werden zur Kenntnis genommen.
- 2.) Der Bericht der GPA wird in die fortzuführenden Beratungen zur Haushaltskonsolidierung (HSK-Kommission, Fachausschüsse, Hauptausschuss, Rat) mit einbezogen.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Anregungen der GPA sukzessive auf Umsetzbarkeit in der Stadt Schwelm zu überprüfen und in regelmäßigen Abständen über die Ergebnisse zu berichten.

(Dieser Beschluss des Rechnungsprüfungsausschuss in der gemeinsamen Sitzung mit dem Hauptausschuss dient der Unterrichtung des Rates über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichtes durch den Rechnungsprüfungsausschuss gem. § 105 Abs. 5 GO NRW)

Zu Punkt 1:

Kenntnisnahme festgestellt

Zu Punkt 2:

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

Zu Punkt 3:

Abstimmungsergebnis: einstimmig:
dafür 37
dagegen: 5
Enthaltungen:

Anschließend stellt der Bürgermeister Kenntnisnahme des Rates von der Unterrichtung gemäß § 105 Abs. 5 GO NW durch den Rechnungsprüfungsausschuss fest.

12 Fragen des Rates an die Verwaltung

Dr. Steinrücke beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion zur Sanierung des Hallenbades, dass in 2008 für den Windfang 36.657,-- € und das Blockheizkraftwerk rd. 39.000,-- € aufgewendet wurden. Für 2009 sind für die Erneuerung der Glasfassade rd. 260.000,-- € vorgesehen.

Herr Voß teilt mit, dass er hinsichtlich der Sanierung des Hallenbades nur die Freigabeanträge zu den Ausgaben unterzeichnet habe, die sich aus dem seinerzeit gefassten Ratsbeschluss zur Hallenbadsanierung ergäben. Alle anderen Freigaben würden zurückhaltend behandelt.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Hortolani teilt der Bürgermeister mit, dass das Hallenbad auf Grund der Sanierungsarbeiten voraussichtlich nur im August und September 2009 geschlossen sein werde.

Frau Kappelhoff bittet um schriftliche Beantwortung der noch offenen Anfragen/Anträge vom 02.09.2008 und 23.01.2009. Zu dem Antrag vom 02.09.2008 sagt Herr Dr. Steinrücke ihr diese zu.

Zu dem Antrag vom 23.01.2009 teilt er mit, dass von Seiten der Verwaltung aus Gründen der Rechtssicherheit keine Möglichkeit gesehen werde, die Textfassung der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Schwelm zu ändern. Ggf. könne jedoch – wie in Nachbarstädten bereits praktiziert – mit entsprechendem Informationsmaterial dafür geworben werden, dass die Verordnung so wenig wie möglich angewendet werden müsse.

Auf Bitte des Herrn Oehl, ihm die Zahlen der seinerzeit in der Bahnhofstraße durchgeführten Verkehrszählung zukommen zu lassen, sagt ihm der Bürgermeister dies zu.

Die Frage des Herrn Hens nach der Verteilung rückläufiger Zuwendungen im Schulbereich beantwortet Herr Voß dahin gehend, dass er mit Frau Dowidat gesprochen habe und das Thema weiter verfolgt werde.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 16 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 22.06.2009

Schriftführerin
gez.
Söhner

Der Bürgermeister
gez.
Dr. Steinrücke